

ROMISCHER ZENTRALISMUS IM VORMARSCH

Am 16.12.1976 hat Paul VI. das Mandat für die beiden vom Konzil beschlossenen Organismen "Justitia et Pax" und "Laienrat" zwar verlängert, sie gleichzeitig aber der stärkeren zentralen Kontrolle des Vatikans unterstellt. Die Bezeichnung "päpstlich", die nun auch dem "Rat für die Laien" (wie der neue, ehrlichere Name lautet, denn der Rat war noch nie repräsentativ) zuteil wurde, bedeutet nämlich, dass ihre öffentliche Tätigkeit fortan der Zustimmung des Staatssekretariats bedarf.

In der Vergangenheit war es öfters zu Konflikten gekommen zwischen einerseits dem Amtskirche und Vatikanstaat repräsentierenden Staatssekretariat, das innerkirchlich mit dem Disziplinarrecht regiert und nach aussen den diplomatischen Stil der Nichteinmischung pflegt, und andererseits der päpstlichen Kommission "Justitia et Pax", die ihre Funktion bislang eher prophetisch-kritisch verstand. Insbesondere ihre eigenständigen Pressekonferenzen, wo auch politische Fragen erörtert wurden, und ihr relativer finanzieller Spielraum, der dadurch möglich wurde, dass der Vatikan nicht alleiniger Geldgeber war, waren den Berufsdiplomaten des Staatssekretariats ein Dorn im Auge.

So hatte 1970 die Vollversammlung von "Justitia et Pax" beschlossen, Paul VI. zu einer Rüge des brasilianischen Regimes des brasilianischen Regimes wegen dessen Foltermethoden aufzufordern. Der Papst rügte, zum Ärger der Diplomaten. 1974 sollte Pater Ch. Land (SJ) ein vatikanisches Papier für die Bevölkerungskonferenz der UNO erstellen. Als bekannt wurde, dass er einige Bedenken gegenüber "Humanae vitae" hatte, wurde er aus der Delegation gestrichen; er reichte später seinen Rücktritt ein.

In ihrer neuen Form steht also zu fürchten, dass "Justitia et Pax" eher ein Studienzentrum des Staatssekretariates, als "der Hahn auf dem Turm der universalen Kirche, der für Gerechtigkeit und Frieden kräht", (Paul VI.) sein wird. Einzige Hoffnung ist also, dass die nationalen "Justitia et Pax"-Kommissionen sich in Gerechtigkeitsfragen weiterhin ohne diplomatische Rücksichten äussern werden.

In Luxemburg ist diese Hoffnung allerdings klein. Weigerte sich die nationale Kommission doch nicht jüngst als Anlaufstelle für die Erarbeitung einer allen katholischen Vereinen gemeinsamen Stellungnahme zur Atomenergie zu dienen. Das Thema des diesjährigen Weltfriedenstag "Wenn du den Frieden willst, verteidige das Leben", gedachte man eher in akademischen Sitzungen zu behandeln.

Orientierung Nr.1/1977, pp 11sp./ P.-F., Nr.1/7.1.1977 / m.p.

Achtung !

Hiermit werden die Leser aufgefordert, alle Artikel und Beiträge dieser Nummer, besonders die, welche eigens geschrieben wurden, um der geschätzten Leserschaft die besinnliche Zeit um das schöne Quinquagesima-Fest näherzubringen, mit dem nötigen Ernst zu behandeln. Allzuleicht werden in dieser Zeit die bedrückenden Probleme der Menschheit auf die leichte Schulter genommen.

Gagack?